

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

89. Sitzung

## **Umweltausschuß**

37. Sitzung

am Freitag, dem 11. September 1998, 12:00 Uhr  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Anwesende Abgeordnete des Umweltausschusses**

Peter Jensen-Nissen (CDU)

in Vertretung von Frauke Tengler

Ingrid Franzen (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Gero Storjohann (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Herlich Marie Todsén (CDU)

**Fehlende Abgeordnete**

Renate Gröpel (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Thomas Stritzl (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Einzigter Punkt der Tagesordnung:**

**Seite**

**a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002**

**4**

Drucksache 14/1628

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1590

• **Einzelplan 13**

• **Kapitel 1204**

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses und des Umweltausschusses um 12:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest. Vor Eintritt in die Beratungen greift der Vorsitzende die Anregung des Abg. Döring auf, künftig bereits im Vorwege mit den zuständigen Ministern und Staatssekretären der einzelnen Häuser zu klären, inwieweit die Teilnahme von Mitarbeitern an den Sitzungen des Ausschusses erforderlich ist oder eingeschränkt werden kann.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002**

Drucksache 14/1628

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1590

- **Einzelplan 13**
- **Kapitel 1213**

M Steenblock erläutert den Entwurf des Einzelplans 13 in dessen Grundzügen, der einen Anteil am Gesamtvolumen des Haushalts von 1,6 % ausmache. Nach dem Wegfall der Abfallabgabe reduziere sich das Volumen um mehr als 20 %.

Im weiteren Verlauf geht M Steenblock in erster Linie auf die Verwendung der Abwasserabgabe, der Grundwasserentnahmeabgabe sowie der Jagdabgabe ein. Weiter hebt er hervor, daß sich der Haushaltsansatz für die Wasser- und Bodenverbände aufgrund früher eingeleiteter Gerichtsentscheidungen erhöht habe, daß im Bereich der Abfallwirtschaft, die drastisch zurückgegangen sei, den Schwerpunkt im Grunde noch Verpflichtungsermächtigungen von 4 Millionen DM für den Bau mechanisch-biologischer Abfallanlagen bildeten und daß die Bewirtschaftung der Mittel für Ökonomie und Ökotechnik nach der Übertragung auf die Investitionsbank verbessert worden sei und reibungslos ablaufe. Die Studie zu den Leukämiefällen werde nur noch abgearbeitet. Im Bereich des Bodenschutzes seien Ausgabensteigerungen um 200.000 DM zum Zwecke der Informationssammlung innerhalb des LUIS erforderlich geworden.

Zum Personalhaushalt bemerkt M Steenblock, daß 45 Stellen eingespart würden, davon 29 im Zusammenhang mit der sogenannten 58er-Regelung. Damit sei eine Ansatzverminderung um 1,5 Millionen DM verbunden.

Die Modernisierungsmaßnahmen im Frostbereich seien relativ weit fortgeschritten.

Nach Gesprächen mit den Verbänden und den Kreisen zeichne sich für den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer aufgrund eines Gutachtens der Agentur Andersen die Gründung einer NationalparkService gGmbH als geeigneter Weg ab, die Betreuung des Nationalparks und das Monitoring abzudecken. Die bisherigen Gesprächspartner hätten vom Grundsatz her ihre Zustimmung signalisiert. Das Kabinett werde sich im November mit dem Vorhaben beschäftigen, so daß die Gründung der Gesellschaft zum 1. Dezember möglich sei.

Zur Vorbereitung der Beratung des NationalparkService-Konzepts erbittet Abg. Döring eine Darstellung, wie die betroffenen 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter derzeit beschäftigt sind, wer Anstellungsträger ist und wie die Überleitung dieses Personenkreises auf eine NationalparkService gGmbH gedacht sei. Darüber hinaus möchte er wissen, welcher zeitliche Rahmen dafür in Aussicht genommen sei und wann das Parlament an dem Gründungsverfahren beteiligt werde.

Auf Hinweis der Abg. Peters ist sich der Ausschuß darüber einig, daß der erbetene Bericht lediglich einen Zwischenstand wiedergeben kann, weil bis dahin die Gremien vor Ort noch keine Entscheidung getroffen haben können.

Der Vorsitzende, Abg. Hay, stellt fest, daß sich der Finanzausschuß - unabhängig von den Beratungen des Umweltausschusses - am 24. September mit dem Konzept einer NationalparkService gGmbH beschäftigen wird.

Den Komplex der Forstverwaltung wird der Finanzausschuß auf Vorschlag des Vorsitzenden nach der Beratung in den Fraktionen am 1. Oktober behandeln. In diesem Zusammenhang verweist der Vorsitzende, Abg. Hay, auf den von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Antrag Umdruck 14/2313, über den der Finanzausschuß im Anschluß an die gemeinsame Sitzung entscheiden wird.

Im Anschluß an die allgemeine Aussprache treten die Ausschüsse in die Behandlung von weiteren Schwerpunkten des Einzelplans 13 ein.

Der Ausschuß erbittet auf Wunsch der Abg. Peters eine Übersicht über die laufenden, beantragten und darüber hinaus in Aussicht genommenen **Fördermaßnahmen aus der Abwasserabgabe**, aufgeteilt nach Kommunen und Prioritäten.

In der Aussprache wird auf Nachfrage der Abg. Strauß festgehalten, daß die Finanzierung von kommunalen Abwasserleitungen aus Landesmitteln nicht vorgesehen ist, wohl aber die Möglichkeit besteht, verbilligte Darlehen aus dem kommunalen Investitionsfonds in Anspruch zu nehmen. Eine Initiative, im Rahmen der Haushaltsberatungen den Zustand der kommunalen Abwasserleitungen zu erfassen, stößt bei den Ausschüssen auf erhebliche Bedenken. Unter dem Aspekt der möglichen Umweltgefährdung durch veraltete Leitungen sollte sich nach Auffassung der Abg. Strauß aber das Umweltministerium dieser Problematik annehmen.

Den Ausschüssen sollen die bereits im Oktober 1997 übermittelten Erläuterungen der Systematik zur globalen Minderausgabe bei Titel 1301-971 01 und 972 02 erneut zugeleitet werden.

Zur Erläuterung der Erhöhung des Ansatzes 1310-422 01 - Staatliche Umweltämter - um 830.000 DM soll den Ausschüssen eine Übersicht über die Stellenentwicklungen und die Personalverschiebung anlässlich der Gründung der Staatlichen Umweltämter übermittelt werden. Die künftige Finanzierung der bisher aus der Abfallabgabe finanzierten Stellen wird nach den Worten von M Steenblock aus der Nachschiebeliste zu entnehmen sein.

Zum **Forstbereich** wird bei Titel 1302-685 52 - Maßnahmengruppe 06 - darauf verwiesen, daß diese Position aus dem Haushalt des Ministeriums für ländliche Räume übernommen worden ist. Angaben über die für Aufforstungen in Betracht kommenden Flächen werden schriftlich nachgereicht werden.

Zu Titel 1302-681 51 werden mehrere Erläuterungen über den Sachstand 1998 und die geplante Mittelverwendung im Jahre 1999 ebenfalls schriftlich nachgereicht.

Nähere Erläuterungen über die Aufteilung der Landesmittel auf private Forsten und Landesforsten wird das Ministerium den Ausschüssen schriftlich übermitteln.

Detailliertere Angaben über Anträge auf Bezuschussung des Holzurückens mit Pferden für 1998 und 1999 sowie die damit beauftragten Unternehmer wird das Ministerium ebenfalls schriftlich nachliefern.

Weiter erbitten die Ausschüsse konkretere Zahlenangaben zur Aufteilung des Ansatzes 1309-752 01 auf Pflanzenschutz- und Pflegemaßnahmen sowie auf die Zäunung.

Ebenfalls schriftlich nachgereicht werden sollen Angaben darüber, wie viele Hektar Fläche in den Jahren 1997 und 1998 zur Arrondierung und für zusätzliche Aufforstungen angekauft worden sind.

Auf die Frage des Abg. Döring unter Bezug auf den Umdruck 14/2319, ob mit der bisherigen Reduzierung der Zahl der Förstereien die **Umstrukturierung in der Forstverwaltung** abgeschlossen sei, teilt M Steenblock mit, daß das Forstamt Reinbek zum 1. Januar 1999 aufgelöst werde; weitere Reduzierungen von Forstämtern seien nicht geplant. Hinsichtlich der Auflösung von Revierförstereien jedoch sei der Endpunkt noch nicht erreicht. In Schleswig-Holstein gebe es im Durchschnitt kleinste Revierförstereien. Bei jedem altersbedingten Abgang werde geprüft ob im Einzelfall eine Zusammenlegung sinnvoll sei. Das sollte jedoch nicht automatisch geschehen.

Auf Anregung der Abg. Todsens sollen Informationen über solche Zusammenlegungen möglichst frühzeitig dem Umweltausschuß übermittelt werden.

Zu Titel 1302-892 05 - Maßnahmengruppe 02 - werden den Ausschüssen eine Liste der Projekte zur **Förderung der Ökotechnik** und die Kriterien für die Mittelvergabe schriftlich nachgereicht werden.

Auf Wunsch des Vorsitzenden, Abg. Hay, soll den Ausschüssen eine Gesamtdarstellung zum Stand der Sanierung des Altstandorts der **Neuen Metallhütte Lübeck** schriftlich übermittelt werden, in der insbesondere auch auf die zeitliche Abwicklung der Gesamtmaßnahme, die Vermarktung der Grundstücke, die Vertragsgrundlagen und die langfristige Finanzierung eingegangen werden soll.

Zu Titel 1302-893 55, an Sonstige für abfallwirtschaftliche Maßnahmen, soll dem Umweltausschuß ein Sachstandsbericht über die Verteilung der Mittel für **MBA-Pilotvorhaben** zugeleitet werden, sobald die derzeit laufenden Verhandlungen abgeschlossen sind.

Auf eine Frage der Abg. Todsens erläutert M Steenblock, daß der Umzug des Ministeriums in das **Mercatorhaus** vom Abschluß der Sanierungsarbeiten abhängt. Die Situation sei auch für das Ministerium selbst derzeit sehr unbefriedigend. Der Ansatz von 900.000 DM für die Erstaussstattung des Gebäudes mit Büromöbeln beruhe darauf, daß der Ausbau der Möbel in den bisherigen Räumen des Ministeriums nicht kostengünstiger wäre als die Neubeschaffung.

Eine detaillierte Erläuterung des Ansatzes wird den Ausschüssen schriftlich nachgereicht werden.

Auf Anregung von MDgt Pättschke soll die Hochbauverwaltung des Landes gebeten werden, den Ausschüssen einen Sachstandsbericht zur Sanierung des Mercatorhauses zu erstatten.

Im weiteren Verlauf der Beratung erbittet Abg. Sager eine Übersicht darüber, wie viele Mittel im Jahre 1999 im Bereich Naturschutz - Kapitel 1302 - für Grundstücks- und Flächenankäufe ausgegeben werden sollen und wie viele Mittel bereits durch Verpflichtungsermächtigungen gebunden sind.

Die Ausschüsse schließen damit die Beratung des Einzelplans 13 für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten ab.

Auf Anregung des Vorsitzenden, Abg. Hay, soll die Landesbauverwaltung gebeten werden, in der Sitzung am 24. September auch einen Bericht über die geplante Unterbringung der GMSH - möglicherweise in den Räumen des Sartori-Speichers in Kiel - zu erstatten.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 13:40 Uhr.

gez. Hay

Vorsitzender

gez. Burdinski

Geschäfts- und Protokollführer